

Millionenteure Investitionen in die Schulen

Biel Die Finanzen haben die letzten zwei Jahre die Bieler Politik geprägt. 2016 will der Gemeinderat die Schwerpunkte in der Bildung und der Innovation setzen. Dazu gehören der Swiss Innovation Park, Sprachkurse für Kinder und kostspielige Schulhaussanierungen.

Jacqueline Lipp

«Biel hat kein Erdgasvorkommen», sagte Erich Fehr (SP) gestern. «Unser Rohstoff ist Wissen, sind gut ausgebildete Leute.» Entsprechend will der Gemeinderat 2016 die Position Biels als Stadt der Bildung und Innovation stärken. Das haben die fünf Gemeinderäte gestern an einer gemeinsamen Pressekonferenz erklärt.

Die grössten Investitionen stehen bei den Schulhäusern an. Lange hat die Stadt die nötigen Sanierungen vernachlässigt – jetzt drängt die Zeit an vielen Ecken.

Startschuss für Dufourschule

Am sichtbarsten sind die Mängel mitten in der Stadt: beim Dufour-schulhaus. Seit Jahren eingerüstet, steht es sinnbildlich für den Investitionsstau im Schulbereich. Doch damit wird bald Schluss sein. Gemäss Baudirektorin Barbara Schwickert (Grüne) soll dieses Jahr der erste Schritt erfolgen. Die Stadt plant einen städtebaulichen Wettbewerb, der aufzeigt, wo am besten gebaut werden kann. Die Pläne umfassen auch den Heuerpark, der zumindest teilweise einer Wohnüberbauung weichen soll. Wie das dereinst aussehen wird, steht heute noch nicht fest.

Das Dufour-Schulhaus ist auch in einem anderen Sinne sinnbildlich: Es muss nicht nur saniert, sondern auch erweitert werden. Das zeigt laut Schwickert die zwei aktuellen Herausforderungen im Schulbereich. «Biel braucht genügend Schulraum und diesen in guter Qualität.» Sprich: Die Stadt muss Schulhäuser erneuern und zugleich mehr Raum schaffen, da die Schülerzahlen steigen. Deshalb hat der Gemeinderat entschieden, die Investitionen für fünf Jahre zu verdoppeln. Die Hälfte des Geldes – jährlich 20 Millionen Franken – soll in die Schulen investiert werden.

Die Liste der geplanten Projekte zeigt, dass dies nötig sein wird: Mehrere Bauprojekte sind im zweistelligen Millionenbereich angesiedelt. Zu diesen Grossprojekten gehört zum Beispiel die Erweiterung der Schule Champagne, für die ebenfalls in diesem Jahr der Startschuss fallen soll. Dort will die Stadt bis 2020 eine neue Schule bauen für



Die fünf Bieler Gemeinderäte präsentieren ihre Jahresziele (v.l.): Cédric Némitz, Barbara Schwickert, Erich Fehr, Silvia Steidle und Beat Feurer. Matthias Käser

sechs Kindergarten und zehn Primarklassen, inklusive Turnhalle und Aula. Kostenpunkt: Rund 25 Millionen Franken. Ebenfalls in diesem Kostenrahmen wird sich

«Biel braucht genügend und qualitativ guten Schulraum.»

Gemeinderätin Barbara Schwickert

dereinst die Gesamt-sanierung der Schule Linde bewegen. Noch teurer war bislang nur die Sanierung der Schule Châtelet, die insgesamt rund 32 Millionen Franken verschlingt. Nach vier Jahren werden die Bauarbeiten 2016 fertiggestellt.

Biel will aber nicht nur Schulraum bauen. Aktuell laufen Verhandlungen mit dem Kanton Bern über das Gymnasium Alpenstrasse. Die Stadt Biel will den «Affenkasten» kaufen und als Schulhaus im Zentrum nutzen. Das Ergebnis der Kaufverhandlungen wird Ende Jahr erwartet.

Durch Sprache integrieren

Bildung umfasst laut Fehr auch Weiterbildung. Besonders wichtig ist für den Gemeinderat in diesem Zusammenhang der Swiss Innovation Park (SIP). Vor Kurzem ist das gross angelegte Innovationszentrum offiziell gestartet worden (das BT berichtete). Hinter dem Bieler Bahnhof, gegenüber dem zukünftigen Campus Technik, wird einer der drei SIP-Netzwerkstandorte entstehen. Die Stadt will für den Bau eines Gebäudes mit 14 000 Quadratmetern Fläche eine Finanzierungsgarantie von

zehn Millionen Franken gewährleisten. «Wir müssen in die Bildung investieren, denn sie ist die Grundlage unseres Wohlstandes», betonte Fehr die Bedeutung des Geschäfts.

Gefordert sind aber alle Direktionen. Denn nicht zuletzt spielt Bildung auch eine wichtige Rolle für die Chancengleichheit. An diesem Punkt setzen Sozialdirektor Beat Feurer (SVP) und Bildungsdirektor Cédric Némitz (PSR) an. Mit gemeinsamen Projekten wollen sie die Frühförderung stärken. Kinder von Migranten sollen bereits vor dem Eintritt in die Schule Deutsch oder Französisch lernen. «Die Sprache ist der Schlüssel zur Bildung und der Schlüssel zur Integration», sagte Feurer, der darauf hinwies, dass in Biel jedes fünfte Kind von der Sozialhilfe lebe, und dies oft Familien mit Migrationshintergrund betreffe.

Wie das im Detail geschehen soll, illustrieren zwei aktuelle Projekte. Einerseits soll der Eltern-Kind-Sprach-Treff, der aktuell in einem Pilotversuch im

«Sprache ist der Schlüssel zur Bildung und Integration.»

Gemeinderat Beat Feurer

Quartierinfo Bözingen geführt wird, auf andere Quartiere ausgeweitet werden. «Wir haben festgestellt, dass der Bedarf gross ist», sagte Feurer. Zudem ist ein weiteres Projekt der frühen Sprachförderung geplant, das vom Kanton mitfinanziert wird.

Cédric Némitz seinerseits will mehr subventionierte Plätze in Kindertagesstätten schaffen, da heute noch immer eine Warteliste besteht. Geplant ist zudem, die Filiation Bilingue auf die Sekundarstufe I auszuweiten und das «Sport-Kultur-Studium» dauerhaft finanzieren zu können.

Das grösste Jahresziel von Finanzdirektorin Silvia Steidle (PRR) dürfte die Sanierung der Finanzen sein. Sie hofft, dass das neue Budget die Hürde des Stadtrates und der Volksabstimmung nehmen wird. Trotzdem hat es der Gemeinderat vermieden, die Haushaltsanierung als Schwerpunkt zu wählen. Nach zwei Jahren intensiver Spardebatten lautet die Botschaft für einmal: Investieren ist nötig, trotz Sparkurs.

Einen Überblick aller Ziele des Bieler Gemeinderates finden Sie online bielertagblatt.ch/jahresziele

Seeländer antworten der Entente Bernoise

Exportwirtschaft Der Staat soll die Exportwirtschaft unterstützen, fordert die Entente Bernoise. Im Seeland erntet sie für ihr Positionspapier aber auch Kritik.

Die rechtsbürgerliche Vereinigung Entente Bernoise meldet sich im öffentlichen Diskurs meist mit Positionen zu Stadtberner Themen zu Wort. Diese Woche aber hat sie sich einer gesamt-kantonalen Frage angenommen: «Die Deindustrialisierung des Kantons Bern», heisst der Titel ihres neusten Papiers.

Der Anteil der Erwerbstätigen im zweiten Sektor sei im Kanton Bern seit 1960 von 46,5 auf nunmehr 22,1 Prozent gefallen, beklagt sie darin. Mit der Aufhebung

des Euro-Mindestkurses komme die produzierende Industrie weiter unter Druck. Bei einer Deindustrialisierung hätten manche Regionen mit Massenarbeitslosigkeit und -armut zu kämpfen.

Die Entente Bernoise hat darum einen Forderungskatalog an die öffentliche Hand erstellt, der einnahmen- wie ausgabenseitig Massnahmen vorsieht, die zumindest befristet getroffen werden sollen. So soll etwa die Industrie von Abgaben befreit werden, zum Beispiel während einer gewissen Periode von den Kapitalsteuern. Auch sollen die Bestimmungen über die Reduktion des Pendlerabzuges ausgesetzt werden, «da die Firmen Arbeitszeiterhöhungen oder Lohnkürzungen vorgenommen haben».

Gleichzeitig schlägt die Entente Bernoise beispielsweise einen kantonalen Staatsfonds vor, «der

sich an den geschwächten Industrien beteiligt». Gemeinden könnten eine KMU-Plattform aufbauen, auf deren Basis Unternehmen Über- und Unterkapazitäten melden könnten, «damit die Allokation von Waren, Dienstleistungen, Kapital und Arbeitskräften zwischen den KMU optimiert werden kann.»

Kritik am Staatsfonds

Volkswirtschaftsdirektor Andreas Rickenbacher betrachtet das Positionspapier kritisch. «Einerseits sollen dem Staat Einnahmen entzogen werden, andererseits soll er gleichzeitig mit einem Industriefonds Geld ausgeben», sagt er, «das geht nicht auf.»

Auch Wirtschaftsvertreter der Region Biel-Seeland äussern sich verhalten. Fabian Engel etwa, Präsident des Handels- und Industrievereins Biel-Seeland und

Unternehmer, findet die geforderte KMU-Plattform zwar eine interessante Idee, hat aber Bedenken bezüglich Praktikabilität: «Als wir noch eine eigene Biegerei hatten, haben wir den Arbeitskräfteaustausch auch praktiziert, sogar mit Firmen, welche die gleichen Maschinen verwendeten wie wir. Erst nach zwei Wochen waren die Mitarbeiter voll einsatzfähig, in der dritten Woche mussten wir sie wegen Eigenbedarfs wieder zurückziehen.» Einem Staatsfonds erteilt er eine Absage, direkte Förderung einzelner Unternehmen mit staatlichen Geldern komme für ihn nicht in Frage.

Gilbert Hürsch, Geschäftsführer der Wirtschaftskammer Biel-Seeland, wundert sich, dass die Region Biel und der Berner Jura im Positionspapier kaum erwähnt werden: «Dabei liegt der Anteil der Beschäftigten im zweiten Sek-

tor bei 50 Prozent.» Gute Rahmenbedingungen für die Wirtschaft seien zweifellos wichtig, doch kämen auf die Industrie abgesehen von Währungsschwankungen noch ganz andere Herausforderungen zu: «Ein Drittel der Unternehmer hat sich noch nicht mit der Industrie 4.0 befasst. Doch wer bei der digitalen Transformation nicht vorne dabei ist, wird auch die Industrie nicht halten können.»

Lob für die Entente Bernoise gibt es dagegen von Jésus Fernandez, Leiter der Sektion Biel-Seeland der Gewerkschaft Unia: «Wir begrüssen es, wenn man eine aktive Industriepolitik fordert», sagt er. Die Unia tue dies schon lange – Fernandez verweist auf den «Pakt für eine produktive Schweiz», den die Unia 2008 formulierte und in dem sie einen «Produktionsfonds» für den

«ökosozialen Umbau» der Industrie forderte. Dieser solle gerade KMU unterstützen, die Mühe hätten, zu Krediten zu kommen.

Innovation und Ansiedlung

Volkswirtschaftsdirektor Rickenbacher verweist unter anderem auf die Innovationspolitik, mit welcher der Kanton Bern langfristig der Industrie zu Impulsen ver helfe – und nennt den Innovationspark oder das Institut Sitem Insel AG als Beispiele. Fabian Engel nennt auch die Ansiedlungsbestrebungen der kantonalen Wirtschaftsförderung, die Früchte trügen: «Dass diese funktioniert, sieht man anhand von CSL Behring gerade in unserer Region.» tg

Das Papier der Entente Bernoise bielertagblatt.ch